Anlage 8 zu TOP 19

AFR | ALTERNATIVE FÜR RHEINE

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, sehr geehrter Herr Krümpel,
meine Herren des Verwaltungsvorstandes, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Rates,
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

die Zeit von der Einbringung des Haushaltsplanes für das Jahr 2015 am 30. September 2014 bis zur heutigen Verabschiedung war gekennzeichnet durch vielfältige Bemühungen, das im Entwurf der Haushaltssatzung angenommene negative Finanzergebnis von knapp 9,5 Millionen Euro auf die heute zur Abstimmung vorliegenden 5,6 Millionen Euro Fehlbetrag in der Anlage wie im Haushaltsplanentwurf als *Verringerung der allgemeinen Rücklage* deklariert, zu reduzieren.

Vordergründig betrachtet, ist das ein respektabler Schritt in die richtige Richtung. Von fast allen Akteuren hier in diesem Saal wird die Notwendigkeit der Haushaltskonsolidierung beschworen. Betrachtet man aber das Zustandekommen dieser relativen Ergebnisverbesserung, so mag darüber –zumindest bei uns, bei der AfR- keine Freude, erst recht keine Zufriedenheit aufkommen.

Fakt bleibt:

Die Schere zwischen Erträgen und Aufwendungen klafft auch in diesem Jahr weit auseinander!
Schaut man auf die Ursachen für diese anhaltende Fehlentwicklung so stößt man auf der Suche nach den Hauptverursachern zunächst auf „alte Bekannte". Im Bereich der sogenannten „ordentlichen Aufwendungen" – vereinfacht könnte man auch sagen: **Ausgaben**- ist der Löwenanteil mit annähernd 50% wieder bei den sogenannten Transferaufwendungen zu finden (knapp 80,4 Millionen Euro / im Vorjahr waren es knapp 75,7 Millionen Euro). Man führe sich dabei bitte vor Augen, dass dieser Posten allein die Summe aus *Personalaufwendungen, Versorgungsaufwendungen* sowie *Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen* um 25% übersteigt.

Als keineswegs marginale Bemerkung gestatten Sie mir in diesem Zusammenhang den Hinweis, dass die völlig unzureichenden Aufwendungen im Bereich der Pensionsrückstellungen für einen erheblichen Teil der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in diesem Hause einer dringenden Korrektur nach oben bedürfen. Das laute Ticken dieser Zeitbombe, das all diejenigen nicht überhören dürften, die den wohlfeilen und zum Schlagwort verkommenen Begriff von der Generationengerechtigkeit tagtäglich im Munde führen, ist bisher von allen hier im Saale weitgehend ignoriert worden. Wer Generationengerechtigkeit wirklich im Herzen und nicht nur auf der Zunge trägt, der sollte diese bevorstehende Last nicht weiter auf die nächste Generation abwälzen. Die AfR steht allen Bemühungen, eine Lösung dieses bedrängenden Zukunftsproblems im Sinne der Generationengerechtigkeit in Angriff zu nehmen, als Kooperationspartner zur Verfügung!

Kinder- und Jugendhilfe, Rechtsanspruch bei der Kindertagesbetreuung, Asylbewerberzahlen, Umsetzung der Inklusion im Bereich Bildung, aber auch in anderen Bereichen des gesellschaftlichen und öffentlichen Lebens sind nur einige Stichworte, die ein seit Jahren bekanntes und beklagtes Phänomen umreißen, das ich hier nicht noch einmal in Länge und Breite erörtern will, da es Ihnen, verehrte Kolleginnen und Kollegen hinlänglich bekannt ist.

„Zur Finanzierung der vom Bund und Land übertragenen Aufgaben sind die Kommunen auf weitere Entlastungen angewiesen" (Entwurf HH-Plan 2015, S. 32).

Diese Forderung nach der Einhaltung des sogenannten „Konnexitätsprinzips" (salopp gesprochen: Wer die Musik bestellt, der soll sie auch bezahlen) wird in vielen Zusammenhängen seit Jahren aus der kommunalen Familie erhoben, ohne wirkliche Beachtung bei denen zu finden, die dieses Prinzip aus eigener Not, aus Fahrlässigkeit oder gar aus Vorsatz mit Füßen treten. Die dadurch verursachte Verschuldungsspirale vieler Kommunen ist durch Einsparungen an anderer Stelle ohne gravierende Einschnitte in die Leistungsfähigkeit der Kommune und damit in das Wohlergehen und die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger einer Stadt kaum zu bremsen.

Die Kommunalwahlen im Jahre 2014 haben die Hoffnung genährt, dass ein neuer Rat mit vielen neuen Menschen, die sich hier für die Belange unserer Stadt, für die Belange der Menschen dieser Stadt engagieren, dass dieser neue Rat die Probleme der vergangenen Wahlperiode mit Mut und Verantwortungsbewusstsein in Angriff nimmt. Und in der Tat hat die neue schwarz-grüne Allianz aufhorchen lassen und mit lautstarker und eindringlicher Unterstützung des lokalen Printmediums Hoffnungen geweckt. Erste Einsparvorschläge, von einer breiten Mehrheit getragen, ließen die Hoffnung aufkommen, hier werde ein dynamischer Ansatz zur Lösung der Probleme sichtbar.
Doch hatte schon die geringe Wahlbeteiligung im Mai 2014 signalisiert, dass die Gewählten sich nicht einmal auf 50 Prozent der Wahlberechtigten stützen konnten, so machte der forsche Griff einer neuen Mehrheit aus CDU-SPD-Grünen in die Geldbörsen auch der Nichtwähler schnell deutlich, dass so die Kluft zwischen Wählern und Gewählten nur größer werden konnte.

Ich möchte keine Angriffsfläche für billige Fehlinterpretationen bieten. Deshalb sage ich mit aller Deutlichkeit: Der Vorwurf des Populismus greift bei weitem zu kurz, wenn etwa unterstellt würde, die AfR bewege sich im Anpassungsschatten derjenigen, die Steuern, erst recht Steuererhöhungen jetzt und jederzeit kategorisch ablehnen. Eine moderate Anhebung der Grund-, aber auch der Gewerbesteuer um 10% wäre für uns –und das haben wir in den zurückliegenden Haushaltsberatungen mehrfach öffentlich gesagt- ein akzeptabler und den Menschen vermittelbarer Ansatz gewesen, wäre ein zunächst kleinerer, in seiner breiteren Akzeptanz aber tragfähigerer Schritt in Richtung Haushaltkonsolidierung gewesen. Der im stillen schwarz-grünen Kämmerlein erdachte Paukenschlag einer 25%igen Grundsteueranhebung, von der SPD zu unserer großen Überraschung eilfertig begrüßt, und als Beitrag zu größerer Generationengerechtigkeit vollmundig verkauft, wird sich nach unserer Überzeugung als teurer Scheinerfolg erweisen. Politisch teuer, denn die weitere Entfremdung zwischen den hier sitzenden Gewählten und den sich im Zuhörerbereich und draußen befindlichen Wählerinnen und Wählern ist nicht nur mit Händen zu greifen, sie ist auch an Zahlen ablesbar. Wenn Dr. Peter Lüttmann als Bürgermeister in spe –diese Bezeichnung scheint mir keineswegs übertrieben angesichts der Tatsache, dass er bis zum heutigen Tage der einzige Kandidat ist, der dieses Amt ab September 2015 bekleiden möchte- wenn also der mutmaßliche künftige Bürgermeister dieser Stadt angesichts der breiten Kritik an dem exorbitanten Ausmaß der Grundsteuererhöhung verlauten lässt, er werde nach erfolgter Wahl das Ziel verfolgen, die Höhe der Grundsteuersätze in den nächsten Jahren zu reduzieren, dann stellt sich die Frage: Ist das Einsicht oder handelt es sich um wahlkampftaktische Notwehr im

Vorwahlkampf. Wenn es ihm gelingt, die Wählerinnen und Wähler von der **Redlichkeit und von der Realisierbarkeit** dieser löblichen Zielsetzung glaubhaft zu überzeugen, dann ist er für dieses Amt auch der Favorit der AfR. „Wenn man die parteipolitischen Scheuklappen hin und wieder mal absetzt, wird man dank des so erweiterten Horizontes feststellen können, dass auch der politische Gegner für sich in Anspruch nehmen darf, das Beste für die Stadt zu wollen" (Dr. Peter Lüttmann am 6. Februar 2015, zitiert nach MV vom 7.2.2015, Lokales S. 8). Auch in dieser grundsätzlichen Aussage des Kandidaten zu einem neuen politischen Stil ist Dr. Peter Lüttmann ein Anwärter für das Amt des Bürgermeisters, der die AfR zu seinen Unterstützern zählen darf. Und schaut man sich Teile seiner bisher öffentlich vorgestellten Unterstützung an, so hat es den Anschein, dass er in diesem Punkte weiterer, um nicht zu sagen, alternativer Unterstützung durchaus bedarf. Wenn Ihr Wort gilt, Herr Dr. Lüttmann, dann können Sie sich auf unseres verlassen.

Ausblick:

Das Jahr 2015 wird zur Lackmusprobe der Glaubwürdigkeit der Politik nicht nur, aber auch und besonders in unserer Stadt werden. Es wird gekennzeichnet sein von dem ehrlichen und ernsthaften Ringen um Sparsamkeit und Haushaltskonsolidierung. Wir machen das Angebot an alle, die sich diesem Ziel verpflichtet fühlen, in einem fairen und offenen Diskussions- und Abwägungsprozess nach Reduzierung städtischer Ausgaben zu suchen, seien sie im Konsens, seien sie in Mehrheiten zu finden. Ergebnisverbesserungen sind nach unserer Überzeugung in unterschiedlichen Bereichen zu suchen und zu finden. Neustrukturierung, Umorganisierung und Straffung unserer städtischen Museenlandschaft sind für uns keine Tabus. Die Gebührenhaushalte der Stadt Rheine sind insgesamt einer kritischen Überprüfung zu unterziehen, auch hier sehen wir Potential für eine Ergebnisverbesserung im Gesamthaushalt. Auch bei weiteren wünschens- und begrüßenswerten Dienstleistungen der Kommune für unsere Bürgerinnen und Bürger muss die Frage gestellt und untersucht werden, ob nicht andere, private Anbieter in dieses Dienstleitungsgefüge eintreten können und damit die Stadt von kostenträchtigen und defizitären Sparten entlasten können.
Dabei gehört es zu unserem Selbstverständnis als Unabhängige Wählergemeinschaft, die Bürgerinnen und Bürger so weit wie möglich mit ihren Anregungen, ihren Ideen und ihren kritischen Einwänden zu hören und an der Lösungsfindung partizipieren zu lassen. Den Streit um die politisch-begriffliche Vater- oder Mutterschaft eines Bürgerhaushaltes überlassen wir ohne Bedenken denjenigen, die diesen Streit zur Stärkung ihres Selbstverständnisses und ihres politischen Egos glauben führen zu müssen. Wir konzentrieren uns mit denjenigen, die konkrete Schritte in Richtung Bürgerhaushalt und Partizipation in der Kommunalpolitik gehen wollen, auf die Umsetzung dieser Schritt. „Am Ende zählt, was hinten herauskommt", wie ein von vielen Menschen als großer Politiker und Europäer geschätzter Mann aus Deutschland einmal über die Werthaltigkeit politischer Prozesse gesagt hat.

Die Ablehnung des Haushaltes 2015 durch die AfR möchten wir verstanden wissen als Zeichen nach außen. Das Signal lautet: Wir sind als AfR dem Ziel der Haushaltskonsolidierung weiterhin verpflichtet und verbunden. Wir sind als AfR der Überzeugung, dass eine moderate Anhebung der Grund- und Gewerbesteuer unausweichlich ist, wenn man das Abgleiten in die Haushaltssicherung vermeiden. Einen Haushalt, der Hauseigentümer wie Mieter in maßlos überzogenem und willkürlich gesetztem Maß belastet und damit das Leben und Wohnen in Rheine unattraktiver macht, lehnen wir als AfR ab.

Diese Ablehnung - und auch das will ich zum Abschluss deutlich signalisieren- ist keine Aufkündigung einer weiteren konstruktiven Zusammenarbeit, die nach Lösungen und guten Wegen für eine kulturell, wirtschaftlich und politisch gedeihliche Entwicklung dieser Stadt steht. Allerdings machen wir auch deutlich, dass diese Kooperation nicht darin bestehen kann, dass wir Lösungsversuche, die ohne unsere Beteiligung in separaten Zirkeln formuliert werden, kritiklos abnicken. Die Suche und die Umsetzung von Problemlösungen besteht für uns im Diskurs auf Augenhöhe und gegenseitigem Respekt. Unter dieser Vorgabe sind wir Partner für die Lösung der anstehenden Probleme.

Bedanken möchte ich mich abschließend auch im Namen meiner Fraktionskollegin und Stellvertreterin Birgit Marji bei Ihnen, Frau Bürgermeisterin, bei Ihnen, Herr Krümpel und bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für die exzellente Vorarbeit als Voraussetzung für die geführten Haushaltsberatungen in den Fachausschüssen und im Rat.

Bei Ihnen liebe Kolleginnen und Kollegen des Rates bedanke ich mich für alle Beiträge, die zu einem insgesamt zielgerichteten und sachorientierten Beratungsprozess geführt haben.

Die Fraktion AFR stimmt dem Beschlussvorschlag der Vorlage 052/15 **nicht** zu.